

Kurzbericht

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(36. - öffentliche - Sitzung am 29. April 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3014](#)

Der Ausschuss hörte zu dem Gesetzentwurf die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände an.

2. **Atomrisiken nicht weiter exportieren: Brennelementefabrik in Lingen stilllegen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/980](#)

Der Ausschuss lies sich durch die Landesregierung ergänzend unterrichten, führte darüber eine Aussprache und schloss daraufhin auf Antrag der Fraktion der Grünen die Beratung ab. Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

3. **Unsere Gewässer vor multiresistenten Keimen schützen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/644](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung ergänzend über die im Änderungsvorschlag der FDP-Fraktion beschriebenen technischen Verfahren ergänzend unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann schloss er die Beratung über den Antrag ab und empfahl dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung (Vorlage 3) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, AfD

4. **Mieten-TÜV einführen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2567](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten, führte hierüber eine Aussprache und schloss sodann die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: FDP

Enthaltung: AfD

5. **Moratorium für Erdgas- und Erdölbohrungen im Raum Bad Fallingbostal**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3263](#)

Die Fraktion der Grünen stellte die Grundzüge des Antrags vor. Er bat die Landesregierung, ihn zu dem Antrag schriftlich zu unterrichten und in diesem Zuge ergänzend auf die Möglichkeit einzugehen, ein Moratorium zwischen Landesregierung und Förderunternehmen auszuhandeln.

6. **Vom EichenprozeSSIONSSpinner Betroffene finanziell unterstützen - Versprechungen einhalten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3225](#)

dazu: Eingabe 00906/09/18

Die Fraktion der Grünen stellte die Grundzüge des Antrags vor. Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag, insbesondere auch zum Vorgehen gegen den EichenprozeSSIONSSpinner in anderen Landkreisen.